

Heimatlos unter Feinden ...

Das Schicksal der verfolgten Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa von 1944 bis 1951

Band IX/19

Die Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahren bis zur Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland

>>Wir müssen unsere Söhne und Töchter als Sklaven dienen lassen, und schon sind einige unserer Töchter erniedrigt worden, und wir können nichts dagegen tun, und unsere Äcker ... gehören andern.<< (Nehemia 5, 5)

Nach dem Zweiten Weltkrieg vollzog sich in Ost-Mitteleuropa ein radikaler außen- und innenpolitischer Kurswechsel. Die "Provisorischen Nationalregierungen" wurden notgedrungen willige Befehlsempfänger und Vasallen der Sowjetunion. Diese neuen osteuropäischen Regierungen erließen frühzeitig "geeignete Gesetze" und Verordnungen, um die deutschen "Landesverräter" und "Volksfeinde" zu bestrafen und die rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Fundamente der Volksdeutschen zu zerstören.

Zu den Landesverrätern zählten Volksdeutsche, die "freiwillig" einer deutsch-faschistischen, militärischen oder polizeilichen Formation angehört hatten. Deutsche, die z.B. nach 1939 wieder ihre ehemaligen deutschen Familiennamen angenommen hatten oder vorübergehend in das Deutsche Reich geflüchtet waren, stuft man ebenfalls als Staatsfeinde ein. In den Nachkriegsjahren beseitigte man nicht nur alle Faschisten, sondern gleichzeitig verfolgte man überall politische Gegner der Kommunisten.

Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete im Jahre 1951. Durch die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa veränderte sich nicht nur die nationale, sondern auch die soziale Struktur entscheidend. In allen Vertreibungsstaaten begünstigte die Entrechtung, Entdeutschung und Vertreibung der Deutschen außerdem die Einführung des Kommunismus und leitete zwangsläufig den Abschied vom Westen ein.

Im Rahmen der rücksichtslosen kommunistischen Wirtschaftspläne erfolgten in Rumänien z.B. 1951/52 staatlich organisierte Zwangsumsiedlungen, von denen die Volksdeutschen besonders stark betroffen waren. Im Banat wurden etwa 30.000 bis 40.000 Schwaben in die nur dünn besiedelte Baragan-Steppe zwischen Donau und Ialomita verschleppt.

Da nur wenige Volks- und Reichsdeutsche eine "Treueerklärung" gegenüber dem polnischen Volk und Staat geleistet und die polnische Staatsbürgerschaft beantragt hatten, versuchten polnische Behörden, die Option der Staatsbürgerschaft gewaltsam durchzusetzen. Später verordnete man in Polen, in der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn die zwangsweise Übernahme der jeweiligen Staatsbürgerschaft per Gesetz. Gegen diese staatliche Repatriierung gab es kein Einspruchsrecht. Nach dieser "Gleichstellung" wurde es für die Deutschen noch schwieriger, eine Ausreisegenehmigung zu erhalten.

Erzwingung der Option für den polnischen Staat im Kreis Sensburg im Februar 1949

Erlebnisbericht der E. B. aus dem Kreis Sensburg in Ostpreußen (x002/877-880): >>Den Februar des Jahres 1949 werde ich nie vergessen. Bis dahin zählte unser Kreis Sensburg noch über 12.000 Deutsche. Dann wurden überall Werbeveranstaltungen abgehalten, in denen uns, falls wir nicht optierten, das Ein- und Verkaufen sowie überhaupt das Verlassen unserer Ortschaften streng verboten wurde. Auch den Polen und Masuren wurden Strafen angedroht,

wenn sie von oder für uns Deutsche etwas kauften. Die Polizei führte in den Geschäften und auf dem Markt Kontrollen durch und schleppte die wenigen, die sich noch in die Stadt gewagt hatten und keinen Masurenschein besaßen, ins Revier. Doch brachte auch diese Maßnahme nicht den gewünschten Erfolg.

Nun fuhren die Werber mit bewaffneten Polizisten in die einzelnen Dörfer, wo alle Deutschen von 14 bis 100 Jahren in Eile bestellt wurden, um zu unterschreiben. Wer krank im Bett lag, zu dem gingen die Herren ins Haus. Wer sich versteckte, der wurde aufgestöbert und auf die Behörde geführt. Bei uns weigerten sich alle Dorfbewohner, zu optieren. So wurden 28 von uns auf Lastkraftwagen geladen und nach Sensburg gefahren. Ich gehörte auch dazu. Außerdem waren Männer und Frauen verschiedenen Alters unter diesen Leuten, sogar eine Mutter von 8 Kindern, wovon das jüngste Kind 5 Jahre alt war. Die Zurückgebliebenen erhielten den Befehl, sich nach 2 Tagen beim Amtsvorsteher zu melden, sonst würden sie geholt.

Wir wurden nun in Sensburg ausgeladen, und man ... lieferte uns bei der politischen Polizei (UB) oder ... bei der Miliz ab. Anfangs wurden wir in einen zementierten Kellerraum eingesperrt. In kurzen Abständen kam ein Polizist und fragte, wer sich besonnen hätte. Später führte uns dieser Polizist, wahrscheinlich um uns bequemer überwachen zu können, in ein Zimmer neben der Wachstube, wo wir wenigstens auf den Dielen sitzen konnten. Verpflegt wurden wir dort nicht.

Ich kam ... zur UB (politische Geheimpolizei) in eine mit Ziegeln ausgelegte Zelle zu anderen Leidensgefährten. Dort nahm man uns alles weg: Decken, Tücher, Schals, Gürtel, Taschen, Hand- und Taschentücher, Seife, Kämmе, sogar die Schnürsenkel. Die Männer mußten noch ihre Mützen und Hosenträger abliefern. Zum Waschen und Kämmen gab man uns während der ganzen Woche nichts. Nur als wir zum Unterschreiben gingen, sollten wir das Versäumte nachholen, worauf ich aber dann verzichtete. Beköstigt wurden wir hier ausreichend.

Eine Frau erzählte mir in der Zelle, daß sie sich in den ersten 3 Tagen als Einzelhäftling im Kohlenkeller aufhalten mußte und sich wegen der vielen Kohlen nicht hinsetzen konnte; zu essen bekam sie nichts. Als sie in unsere Zelle kam, brauchte sie fast einen ganzen Tag, um wieder warm zu werden, so erstarrt waren ihre Glieder. Sie war im Rheinland verheiratet und wollte mit ihren 3 Kindern zum Mann fahren - und mußte optieren.

Es wurde uns gesagt, auch wenn jetzt Amerikaner oder Afrikaner dabei wären, so müßten sie auch optieren. - Eine Mutter war mit ihrer 16jährigen Tochter in der Zelle. Sie erzählte, wie die letzte Nacht auf der Polizeiwache ihres Dorfes gewesen war: Alle Arrestanten mußten sich um Mitternacht bis aufs Hemd und barfuß ausziehen und so eine Stunde lang im eisigen Februarwind draußen stehen. Wer unterschreiben will, darf reinkommen, hieß es. Sie blieben alle draußen stehen. Als sie zurückkamen, mußten sie die Kleider in den Hausflur legen und bis morgens 8.00 Uhr so nackt im kalten Zimmer sitzen. Sie unterschrieben erst, als ihre Rücken von den Gummiknüppelschlägen ganz wund waren. Eine Frau war 55 Jahre alt. Das Gesicht der Frau war von den Schlägen ... ganz schwarz unterlaufen. Sie konnte weder liegen noch sitzen. ...

Wir wurden immer wieder gefragt, warum wir nicht unterschreiben wollten. Unsere Antworten waren überzeugend und begründet, und doch hat niemand das Gebäude verlassen, der nicht zur Unterschrift gezwungen wurde. Immer wieder wurde uns gesagt, dieses Land ist vor 700 Jahren polnisch gewesen, und die Leute, die hier wohnen, müssen zurückgegliedert werden zu Polen, weil das ihre Stammeseltern waren. Deutsche seien hinter der Oder.

Als ich dann persönlich gefragt wurde, sagte ich, daß ich nicht optieren könne, da ich im Reich geboren sei. Da stutzte man und fragte nach den Geburtsorten meiner Eltern und Großeltern, die ebenfalls aus dem Reich stammten. Ich hatte hier nie Verwandte gehabt. Erst wurde ich ratlos angesehen, und dann sagte man mir, ich sollte unterschreiben, dann würde ich Papiere bekommen und könnte gleich fahren.

Darauf erklärte ich, wenn ich als Deutsche nicht in meine Heimat fahren kann, so will ich es auch nicht als Polin. - Dann käme ich in ein Zwangsarbeitslager, sagte man mir. - Hiermit war ich einverstanden, desgleichen alle anderen, denen dieses Ansinnen gestellt wurde. Als man sah, daß es uns hiermit ernst war, hieß es, wir könnten in der Zelle verfaulen, aber optieren müßten wir. Ich wurde noch einige Male ins Einzelverhör genommen und erklärte auf wiederholte Fragen: "Mein Gewissen läßt das nicht zu. Ich war deutsch, als es mir gut ging, und ich will es bleiben auch in Notzeiten, selbst wenn es mein Leben kostet."

Dafür gab's Ohrfeigen. Der Werber bedrohte mich: "Ich gebe ihnen den Befehl, Sie müssen unterschreiben und nicht als Masurin, sondern als Polin." Darauf sagte ich: "Sie legen mir eine Frage vor, die ich mit ja oder nein beantworten soll, und ich kann sie nicht mit ja beantworten und will alles tragen, was daraus entsteht." Wieder (gab es) Ohrfeigen. Nun wurde mir das Gesangbuch vorgelegt: Ob ich das lesen könnte, es sei evangelisch. -

Ich verneinte, da ich die polnische Sprache nicht lesen konnte. Es gab wieder Ohrfeigen mit den Worten; "Hier ist Polen! Hier ist Polen!" Als ich auch jetzt noch nicht optierte, herrschte er mich an, ich sollte meinen Mantel und die Oberkleider ausziehen, während der "Herr" die Tür zuschloß. Dann mußte ich mich über einen Stuhl beugen und wurde nun mit dem Gummiknüppel geschlagen; dazwischen höhnisch gefragt, ob es schmerzen würde. Aber ich biß die Zähne zusammen und gab keinen Laut von mir. Es waren noch 2 Beamte im Zimmer. Alle trugen Zivil. Mir gegenüber saß einer von ihnen, der den ganzen Akt mit hämischem Grinsen verfolgte.

Es wäre mir noch übler ergangen, aber jemand beehrte Einlaß. Ich mußte mich wieder anziehen und wurde mit 5 anderen Frauen, denen es nicht viel besser ergangen war als mir, in die Zelle zurückgeführt, wo wir nun 21 Frauen waren. In der folgenden Nacht wurde alle Viertelstunde eine Frau rausgeholt. Am nächsten Morgen blieben nur noch 8 von uns übrig. Alle andern hatten sich schon der Gewalt gebeugt. Einzelne kamen noch zurückgewankt, um den Verwandten zu sagen, daß sie optiert hätten. Wegen des Postens durften wir nicht fragen, aber wir sahen, was sie mitgemacht hatten. ...

Wir acht (Frauen) wurden angeschrien: "Wenn wir nicht bald von selbst kämen, würden wir sehen, was nach 3 Stunden geschehen würde." Wir sahen zwar die Aussichtslosigkeit, warteten aber doch, bis man uns rief. Da setzten wir dann unsere Namen unter ein Schriftstück, auf dem vorgedruckt stand: "Ich bitte um die polnische Staatsangehörigkeit und verspreche, dem polnischen Staat Treue und Gehorsam zu leisten." Uns war zu Mute, als hätten wir unser eigenes Todesurteil unterschrieben. ...

Wir haben schon viel Schweres durchgemacht, aber jetzt hat man uns die größte Gewalt angetan. Wir haben nur einen Wunsch, aus diesen Verhältnissen herauszukommen, zu ... deutschen Menschen ins Reich.<<

Zwangsumsiedlung von Volksdeutschen aus dem Banat in die Baragan-Steppe im Juni 1951

Erlebnisbericht des Landwirts T. T. aus Hatzfeld im Banat in Rumänien (x007/309-310, 383-388): >>Das ehemals so wohlhabende deutsche Hatzfeld hatte sich in eine Proletarierortschaft verwandelt. Die Deutschen besaßen keine Rechte, obwohl man sie ihnen auf dem Papier zusicherte. Die schwäbischen Kinder gingen in rumänische Schulen, in denen sie nur 2 oder 3 Stunden in der Woche in deutscher Sprache Unterricht erhielten. Das früher so lebhaftes gesellige und kulturelle Leben war dahin. Schlecht gekleidete, um ihr täglich Brot kämpfende, von den Unterdrückungen und Verfolgungen scheu gewordene Menschen, verelendete Häuser, schmutzige Straßen - das war Hatzfeld 1951.

Anfang Juni 1951 konnten wir auf der Bahnstation eine ungewöhnliche Anzahl geschlossener Güterwagen beobachten. ... Wir nahmen an, daß die bereitgestellten Wagen zur Rückkehr der

bessarabischen, buchenländischen und rumänischen Flüchtlinge dienen würden. Die Rumänen hingegen glaubten, man werde uns Schwaben deportieren. Auf diese Weise wurden sowohl wir als auch die Bessarabier und Bukowiner, die sich auf unseren Höfen großartig fühlten, von der Verschleppung überrascht.

Am 13. Juni ... sah ich die Frau eines befreundeten schwäbischen Rechtsanwaltes mit Koffern zum Bahnhof eilen. Ich suchte den Rechtsanwalt auf, um von ihm den Grund der überstürzten Abreise zu erhalten, traf ihn aber nicht an. Er war offenbar über das Bevorstehende informiert worden und hatte mit seiner Familie das Weite gesucht.

Am Samstag, dem 16. Juni, erschien in Hatzfeld eine größere Abteilung Securitate-Truppen (rumänische Geheimpolizei). Am Sonntag wurde der Eisenbahnverkehr eingestellt. Nun bestand kein Zweifel mehr, daß eine Großaktion bevorstand. Ich erfuhr erst später, daß die nun folgenden Aushebungen auf Grund von Listen durchgeführt wurden. Die Verschickungslisten erfaßten in erster Linie die ehemaligen Groß- und Mittelbauern, während die schwäbischen Kleinbauern z.T. geschont wurden. Angeblich wurden die Listen von 2 schwäbischen Kleinbauern zusammengestellt, die in der Gemeindekanzlei arbeiteten.

In der Nacht ... zum 18. Juni ging es los. Gegen 2 Uhr wurde an meine Zimmertür getrommelt, ich öffnete und stand einer Gruppe von Sicherheitssoldaten gegenüber. Der Anführer war ein Offizier. Dieser forderte mich zur Legitimation auf, blickte in eine Liste, und sagte: "In Ordnung!" und nahm mir den Ausweis und sämtliche anderen Personalpapiere ab. Dann befahl er mir, mich fertigzumachen und in spätestens 2 Stunden auf dem Bahnhof zu sein. Auf meine Frage, wohin ich geschafft würde und warum man mich deportiere, zuckte er mit den Achseln. Ich war wie vor den Kopf geschlagen. Was ich mitnehmen dürfe, wollte ich wissen, als der Offizier sich zum Gehen wandte. Er rief mir im Davongehen zu: "Nimm dir nicht zu viel mit; dort, wo du hinkommst, wirst du alles Nötige vorfinden."

Erst später erfuhren wir, daß die Bestimmungen dahingehend lauteten, daß die Zwangsausgesiedelten alle ihre Habe mitnehmen durften. Möbel, Lebensmittel, Kleinvieh, ja sogar Pferde, Wagen und Kühe, soweit die Betroffenen solche noch besaßen, konnten mitgenommen werden. Es wurden zu diesem Zweck Waggons in genügender Anzahl zur Verfügung gestellt. Daß jedoch nur ein Teil der Evakuierten von dieser Bestimmung Gebrauch machte, war die Schuld der Durchführungsorgane, die die Dinge so darstellten, als sei die Mitnahme des gesamten beweglichen Gutes nur eine unnötige Belastung, da die ausgesiedelten Familien an ihrem Bestimmungsort "ohnehin alles Nötige zum Leben" vorfinden würden. Grund dieser bewußten Täuschung dürfte gewesen sein: daß man uns armen Teufeln noch in letzter Stunde auch die allerletzten Habseligkeiten abjagen und diese verteilen wollte.

Ich ließ mich zunächst irreführen und packte lediglich 2 Koffer. ... Dann aber beobachtete ich, daß meine Nachbarn ihre Möbel und gesamten Lebensmittelvorräte auf Pferdewagen verluden - die Fahrzeuge wurden auf Geheiß der Behörde von den Kolonisten beigestellt - und alles mitnahmen, was ihnen gehörte. Ich änderte meinen Entschluß und begann ebenfalls alles, was ich besaß, zusammenzutragen. Mein Kolonist, ein Ungar, stellte mir seinen Einspanner zur Verfügung und ich lud alles auf; vor allem versorgte ich mich mit Mehl, Brot, Fett und Speck. Das war, wie ich später erleben mußte, mein Glück.

Leider sind viele meiner Leidensgenossen weniger mißtrauisch gewesen. Sie ließen sich von der Austreibungskommission überreden, ihr Vieh und ihre Möbel zurückzulassen. Man schätzte den Wert ... ab und zahlte die scheidenden Eigentümer aus - allerdings gab man ihnen lächerliche Geldbeträge. Sie haben dies dann furchtbar bereut.

Innerhalb von 2 Stunden war ich fertig und karrte meine Habseligkeiten zum Bahnhof. Jede evakuierte Familie hatte, nachdem sie zum Fertigmachen aufgefordert worden war, einen Wachtposten erhalten, der mit geladenem Gewehr achtgab, daß niemand flüchtete. Auch ich wurde von einem Soldaten begleitet. Geschlagen wurde niemand. Ich hörte erst später, daß in

der Gemeinde Lerchenfeld ein Schwabe erschossen wurde. Ein 76jähriger, alleinstehender Mann aus Hatzfeld verübte, bevor man ihn abholen konnte, Selbstmord durch Erhängen. ... Eine junge Wöchnerin, die 2 Tage vorher entbunden hatte, wurde rücksichtslos mitgezerrt, obwohl sie völlig entkräftet und vor Aufregung mehr tot als lebendig war.

Auf dem Bahnhof sammelten sich die Kolonnen der Evakuierten. Vorwiegend Schwaben, aber auch viele Bessarabier und Bukowiner. Ein Bild des Jammers entrollte sich: Weinende Frauen, schluchzende Kinder, verstörte Familienväter. Jene, die ihr Großvieh mitgenommen hatten, erhielten ... gesonderte Wagen. Das Kleinvieh wurde mit den Menschen gemeinsam verladen. Größere Familien erhielten für sich, ihre Möbel und Vorräte eigene Waggons, kleine Familien mußten die Waggons mit anderen teilen. Der Bahnhof war umstellt, niemand hätte durch die Postenkette hindurchschlüpfen können. Wohin (sollte man) auch fliehen? ...

Ich wurde dem ersten Transport zugeteilt. Dieser ging am Nachmittag des 18. Juni von Hatzfeld ab. Er bestand aus 65 Waggons. Ihm folgten 3 weitere Transporte mit ebenfalls 60-65 Waggons. Ein fünfter Transport, der als letzter folgen sollte, wurde zusammengestellt, aber dann wieder aufgelöst und die Evakuierten nach Hatzfeld zurückgeschafft. Warum dieser (Transport) nicht abging, ist mir nicht bekannt. Ich kann auch nicht genau angeben, wieviele Hatzfelder in den abgegangenen 4 Transporten deportiert wurden. Es dürften jedoch 800 bis 1.000 Personen gewesen sein. Insgesamt sind angeblich 50.000 Menschen (Schwaben, Rumänen, Serben, Ungarn) aus dem Banat evakuiert worden.

2 Tage waren wir unterwegs. Temeschburg glitt vorbei, unsere Leute weinten, als sie die Konturen der Stadt im Abenddunst versinken sahen. Niemand hatte auch nur eine Ahnung, wohin es ging. Wir fuhren an Schäßburg und Kronstadt vorüber und den Predealpaß hinauf. Nun wußten wir: wir kamen ins rumänische Altreich oder - der Atem stockte uns - gar nach Rußland. Von Ploesti ging's nach Südosten in die weite, baumlose Ebene des Baragans hinein. Endlich hielten wir auf einer kleinen Station. Sie hieß Duesti und lag, wie uns Einwohner sagten, 100 km südlich von Galatz. Der Ort hinter der Station war ein jämmerliches Nest. War dies unser Ziel?

Als wir aus den Waggons stiegen, versammelten sich am Bahnhof viele Pferdefahrzeuge. (Es waren) rumänische Bauern mit elenden Karren und dürren Gäulen. Sie wurden für uns bereitgestellt. Schon beim Ausladen und Beladen der Leiterwagen bekamen wir eine Vorstellung, in welchem Milieu wir uns befanden: Die Fuhrleute stahlen wie die Raben. Noch immer waren wir, trotz unserer Armut, verlockende Plünderungsobjekte für das Gesindel.

Ich warf mein Zeug auf eines der Fuhrwerke und setzte mich neben den Fahrer. Auch er wußte nicht, wohin es ging. Unsere Kolonne ratterte durch das Nest hindurch in die Steppe hinaus. Das Getreide war schon gelb, ein heißer Wind strich uns entgegen. So fuhren wir wohl eine gute Stunde, als mich mein Fahrer plötzlich aufschreckte und vom Weg hinaus ins Feld wies. Mitten in einer riesigen Weizentafel sah man die vor uns fahrenden Wagen halten. "Ich glaube", sagte der Rumäne, "hier ist euer Ziel!"

Es war tatsächlich so. Man lud uns mitten in der Steppe ab, mitten im Weizen, der unter den Rädern und Hufen zerstampft wurde. Offiziere brüllten Befehle. Jede Familie erhielt eine Fläche von 7.000-8.000 Quadratklaftern zugewiesen. Die Möbel und alle sonstigen Habseligkeiten wurden von den Wagen geworfen.

Bald bot sich ein groteskes, erschütterndes Bild: In mitten der Weizensteppe türmten sich Kästen, Betten, Matratzen, Tische, Ballen, um die herum ratlose Menschen standen und den davonfahrenden Fahrzeugen nachblickten. Einige begannen sofort, den Weizen abzumähen, andere hockten stumpf herum, andere fluchten und weinten. Die Miliz gab bekannt, daß jede Familie Bretter erhalten werde, um sich ein Dach zu bauen. Man führte uns in ein Holzlager, das etwa eine halbe Stunde entfernt war, und gab jedem Familienoberhaupt sage und schreibe 8 meterlange Bretter. Damit sollten wir, so sagte man uns, Dächer bauen.

Heizmaterial gab es nicht. So weit man blickte, war die Steppe völlig baumlos. Wir wußten nicht, wie wir unser Essen zubereiten sollten. Auch Petroleum wurde nicht ausgeteilt. Man überließ uns einfach unserem Schicksal, und wenn wir nicht die mitgebrachten Lebensmittel gehabt hätten, wären wir schon nach wenigen Tagen verhungert.

Am 3. Tag erschienen einige Funktionäre der in der Nähe gelegenen Staatsfarm, eines ehemaligen Bojarenguts, und riefen aus, wer Arbeit suche, könne auf der Farm im Drusch (beim Getreidedreschen) Beschäftigung finden. Ich meldete mich sofort, weil ich hoffte, auf diese Weise die Nahrung für die nächsten Wochen sicherzustellen. Das war jedoch ein Irrtum, denn nach 3 Wochen schwerster Arbeit erhielt ich gerade soviel Lohn, um einen halben Kubikmeter Weizen zu kaufen. Daraufhin ging ich nicht mehr zur Farm.

In der Zwischenzeit hatten die Wächter unseres "Feldlagers" die Leute angetrieben, mit dem Schlagen von Ziegeln zu beginnen. Zunächst geschah dies im Kollektiv, dann aber erzeugte jeder selbst die ... benötigten Ziegel. Wer sich weigerte, wurde von der Miliz nachts geholt und bis aufs Blut geschlagen. Es hatten sich nämlich einige mit der Erklärung geweigert: "Der Staat hat mir mein Haus genommen, nun muß er mir auch ein anderes Haus stellen." Solche Aufsässigkeiten unterblieben dann, als die Miliz zeigte, daß sie jeden Widerstand brutal zu unterdrücken verstand.

Ich tat mich mit 2 Mädchen zusammen, die keine Angehörigen besaßen, und begann Ziegeln zu schlagen. Die beiden Mädchen waren Rußlandheimkehrerinnen und erst 1949 entlassen worden. Sie arbeiteten stumm und fleißig, und bald konnten wir mit dem Bau beginnen.

Es waren 2 Häusertypen vorgeschrieben: Das "große" und das "kleine" Haus. Das erste Haus bestand aus 2 Zimmern, Küche und Korridor, das zweite Haus bestand aus einem Zimmer, Küche und Korridor. Die "großen" Haustypen waren für umfangreichere Familien, die "kleinen" für Einzelpersonen bestimmt. Mit erstaunlicher Schnelligkeit wuchs die Siedlung heran. Die Häuser standen auf den Zentimeter genau in einer Front, der Platz für den Vorgarten war in vorgeschriebenen Abmessungen gehalten. Wir arbeiteten fieberhaft, um dem nahenden Herbst zuvorzukommen. Kommissionen aus Bukarest und unsere Milizbehörde feuerten uns mit folgenden Worten an: "Denkt nicht mehr an euer Banat, ihr werdet dorthin nicht mehr zurückkehren! Seht zu, daß ihr hier ein neues, schönes Banat schafft!"

Neben dem Hausbau mußten wir kostenlos Pflichtarbeit leisten. Es galt eine Schule, das Verwaltungsgebäude, das Milizhaus, ein Spital und sonstige Gemeindebauten zu errichten. Da unsere mitgebrachten Nahrungsmittel zu Ende gingen, verlangten wir, daß man uns, wenn schon kein Geld und keine Vorräte, zumindest die tägliche Kost geben solle. Daraufhin wurde eine öffentliche Küche eingerichtet, die die Pflichtarbeiter beköstigte.

Nach 3 Wochen wurde die Küche jedoch wieder aufgelöst, da kein Geld zur Anschaffung der Lebensmittel vorhanden war. Nun versuchte sich jeder um die Pflichtarbeit zu drücken und begann lieber auf den Feldern Früchte zu stehlen, um nicht zu verhungern. Die Rumänen und Ungarn trieben es am dreistesten: Sie fuhren mit ihren Hand- und Pferdekarren einfach in die Felder der Staatsfarm; dann kam es entweder zu Schlägereien oder die Wächter ließen sich bestechen. ...

Unsere Bauten machten unterdessen gute Fortschritte; als der Spätherbst kam, standen 90 % der Bauten unter Dach und Fach. Was übrigens die Dächer betrifft; sie waren aus Stroh und ständig in Gefahr, davongeweht zu werden. Der unablässig wehende Wind steigerte sich immer wieder zum Sturm und warf das Stroh von den Sparren. Wir versuchten uns zu helfen, indem wir das Stroh mit ... Draht niederbanden, aber auch dies nutzte nicht viel. Der Wind riß schon bald Löcher ins Dach. Der Regen tropfte hindurch und weichte Wände und Lehmfußboden auf. Es war zum Verzweifeln.

Eines Tages wurden 100 Personen aus unserer Siedlung zusammengetrieben und 10 km weit auf eine Baumwollfarm geführt. Ich befand mich unter ihnen. Wir mußten bei der Baumwoll-

ernte helfen, einer mühseligen, erschöpfenden Arbeit, weil man den ganzen Tag in tief gebückter Stellung verbringen mußte. Für unsere Leistung erhielten wir 70 Lei täglich, gerade soviel, um die Tageskost zu kaufen. Ich schnitt als Einzelperson dabei noch ganz gut ab. Schlimm war es jedoch für die Familienväter, die viel zu wenig verdienten, um ihre Kinder zu ernähren.

Nach 2 Wochen war auch diese klägliche Erwerbsquelle zu Ende. Es begann wieder das Problem, Nahrung zu beschaffen. Manchmal konnten wir in der Umgebung gruppenweise wie Sträflinge gegen Tagelohn und Lebensmittel arbeiten; das aber reichte nicht aus, die Existenz der 450 Familien, davon waren zirka 300 schwäbische Familien, sicherzustellen. Wie aber würde es im Winter sein?

Die Siedlung bot mit ihren schnurgeraden Straßen und ihren weißgekalkten Häusern rein äußerlich ein recht gutes Bild. Wieviel Kummer, Verzweiflung und Sehnsucht sie beherbergte, kann ich in Worten gar nicht beschreiben. Es gab kein ordentliches Trinkwasser. Die von uns ausgehobenen Brunnen erwiesen sich zum größten Teil als unbrauchbar. Das Wasser war ungenießbar, und die Folge dieser ungenügenden Trinkwasserversorgung war, daß eine Typhusepidemie ausbrach. Das neuerrichtete Spital war mit Kranken überbelegt. Mehrere Kranke starben, darunter waren auch Kinder.

Es erschien eine Sanitätskommission, die das Wasser der Brunnen mit Hilfe eines weißen Pulvers "tötete", d.h. endgültig ungenießbar machte. Damit war das Problem der Wasserversorgung nicht gelöst. Und ebenso belastete uns die Sorge um das Heizmaterial. Womit sollten wir in dem hereinbrechenden Winter die noch feuchten, von Wind und Regen heimgesuchten Behausungen heizen? Das Stroh reichte nicht aus, und Holz gab es nicht, soweit das Auge in die Runde sah. Und wovon sollten die 450 Familien in der Zukunft, vor allem aber im Winter, leben? All diese Sorgen lasteten wie Gespenster auf uns.

Für mich persönlich schien sich eine Chance zu ergeben, dieser Hölle zu entinnen: Ich erhielt in diesen Oktobertagen aus Bukarest die Nachricht, daß mein Ansuchen um Ausreise und Familienzusammenführung - meine Familie lebte in Deutschland - günstig beschieden worden sei. Die freudige Nachricht warf mich fast um. Ich unternahm nun alles, um nur endlich wegzukommen.<<

Die reichs- und volksdeutschen Nachkriegsverluste

Reichs- und volksdeutsche Nachkriegsverluste in den Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937), in den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland und in der sowjetischen Besatzungszone in Mitteldeutschland (ohne Wehrmachtssterbefälle und zivile Kriegsoffer):

	Verluste nach dem sowjetischen Einmarsch	Verschleppungsverluste	Flucht- und Vertreibungsverluste	Nachkriegsverluste; insgesamt	
Ostpreußen	11.900	19.800	245.700	277.400	
Ostpommern	21.200	22.000	285.700	328.900	
Ostbrandenburg	7.500	7.700	157.300	172.500	
Schlesien	37.500	27.900	380.700	446.100	
Deutsche Ostprovinzen	78.100	77.400	1.069.400	1.224.900	
Memelland	800	1.000	26.300	28.200	
Danzig	5.000	5.400	79.500	89.900	
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	3.500	3.600	35.900	43.000	
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	11.500	11.700	18.800	142.000	
Polnische Gebiete	20.000	20.700	234.200	274.900	
Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren sowie Slowakei	42.000	.	224.600	266.600	
Estland, Lettland und Litauen	600	.	21.900	22.500	
Jugoslawien	7.200	13.500	115.100	135.800	
Rumänien	.	33.700	67.300	101.000	
Ungarn	.	15.800	41.200	57.000	
Baltikum und Balkan	7.800	63.000	245.500	316.300	
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland	70.600	84.700	730.600	885.900	
Ost-Mitteleuropa	148.700	162.100	1.800.000	2.110.800	1)
Übrige Reichsdeutsche (Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete)	.	.	152.400	152.400	2)
Sowjetunion	-	350.000	.	350.000	3)
Mitteldeutschland (SBZ)	115.000	8.800	65.000	188.800	4)
Insgesamt	263.700	520.900	2.017.400	2.802.000	
Zivile Kriegsverluste	.	.	.	(441.500)	5)

Quellen: 1) Statistische Berichte des Bundesamtes Wiesbaden vom 04.11.1959, S. 20.

2) Von der Flucht und Vertreibung direkt betroffene Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete, die aus den westlichen Reichsgebieten stammten. Diese Nachkriegsverluste wurden aufgrund der durchschnittlichen ostdeutschen Verlustquoten errechnet (2,5 % der direkt Betroffenen - x016/79).

H. Nawratil ermittelte z.B., daß die Verluste der zugezogenen Reichsdeutschen mit mindestens 220.000 Opfern anzusetzen sind (x025/75).

3) Zwangsverschleppung innerhalb der Sowjetunion (Verluste während des Zweiten Weltkrieges = ca. 239.000 Rußland-Deutsche - x026/31), Verschleppung von Zwangsrepatriierten aus dem Deutschen Reich in die UdSSR (Verluste = ca. 111.000 Rußland-Deutsche - x026/91). Nach Angaben der rußlanddeutschen Volksgruppe starben sogar über 400.000 Rußland-Deutsche (x026/31).

4) Im Jahre 1945 kamen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) etwa 115.000 Mitteldeutsche um (x037/55,59). Von 1945 bis 1950 ereigneten sich in den SBZ-Konzentrations-

lagern außerdem über 65.000 Sterbefälle (x009/228). Weitere 8.800 mitteldeutsche Verschleppungsoffer ("Strafgefangene" und andere Zwangsarbeiter) starben in sowjetischen Deportationslagern (x026/63,91).

H. Nawratil schätzte, daß der sowjetische Einmarsch in Westpommern, Westbrandenburg und in Berlin bereits etwa 240.000 Menschenleben forderte (x026/56).

5) Nach offiziellen Angaben starben in den Jahren 1939-45 im Deutschen Reich "nur" 441.500 deutsche Zivilisten durch Kriegseinwirkungen (x016/78).

Dr. G. Hümmelchen ermittelte jedoch später, daß allein während der anglo-amerikanischen Luftangriffe ca. 609.000 Deutsche getötet wurden (x051/364).

>>Das Leben ist eine Reise, die heimwärts führt.<< (Herman Melville)

Die Verluste der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen wurden nach langjähriger Forschungs- und Untersuchungsarbeit durch Wissenschaftler und Experten des Statistischen Bundesamtes ermittelt. Diese Statistiken, die man erst im Jahre 1959 veröffentlichte, gehören sicherlich zu dem bestgesicherten Zahlenmaterial der zeitgeschichtlichen deutschen Forschung. Bei diesen Ermittlungen setzte man bewußt nur Mindestverluste an, die nach Abschluß der Kampfhandlungen entstanden. Tausende von Flüchtlingen und Vertriebenen, die nach der Ankunft im besetzten Mittel- und Westdeutschland an den Folgen der erlittenen Mißhandlungen und Strapazen, an Hunger und Seuchen starben, wurden nicht berücksichtigt.

Wie viele deutsche Zivilisten auf der Flucht, durch Kampfhandlungen, Befreiungsverbrechen, Selbstmorde, Zwangsverschleppungen, Vertreibungsmaßnahmen oder langjährige Zwangsarbeit tatsächlich umkamen, wird man verständlicherweise niemals genau feststellen können.

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 über die sog. "Deutschen Vertreibungsverluste" (x010/18,54): >>Der Begriff Vertreibung ... umfaßt nicht allein die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, sondern den Gesamtvorgang ihrer Entwurzelung. Dieser begann durch Fluchtbewegungen in der Endphase der Kriegshandlungen, durch Ausplünderung, Verelendung, Mißhandlung, Deportierung und Tötung verbliebener Bevölkerungsteile in der Zeit der Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete und vollendete sich schließlich durch deren Ausweisung.<<

>>Bei den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zur Ermittlung der Vertreibungsverluste ... ergeben sich nach Abzug geschätzter Kriegsverluste und nach Ermittlung der in der Bundesrepublik Deutschland und Schätzung der in der DDR sowie in Heimatgebieten im Jahre 1950 lebenden Personen eine Gesamtzahl von ca. 2,2 Millionen "ungeklärter Fälle" in sämtlichen Vertreibungsgebieten (außer UdSSR und ohne reichsdeutsche Bombenevakuierete und Dienstverpflichtete). Sie werden auch als "Nachkriegsverluste" bezeichnet. ...

Nur bei einer weitgehenden Auslegung des Begriffs "Vertreibungsverbrechen" kann vorsichtig davon ausgegangen werden, daß es sich bei der Mehrzahl der o.a. "ungeklärten Fälle" um Verbrechensoffer handelt. Dann wären aber die Todesfälle unter der Zivilbevölkerung infolge von Entkräftung und Erschöpfung wegen mangelhafter oder fehlender Lebensmittelzuteilungen ebenso als Vertreibungsverbrechen zu bezeichnen wie auch die hohe Zahl der Selbstmordfälle - Ausdruck der totalen Hoffnungslosigkeit unter der Zivilbevölkerung.

... Das Ergebnis darf jedoch nicht vergessen lassen, daß eine weitaus höhere Zahl von Deutschen Opfer von Gewalttaten wie Vergewaltigungen und Mißhandlungen geworden ist, die nicht unmittelbar zum Tode führten.<<

KNAURS Lexikon (1953; S. 481) notierte, daß während der Flucht und Ausweisung etwa 2,5 Millionen Deutsche zugrunde gingen (x038/481).

Der Kirchliche Suchdienst München ermittelte im Jahre 1965 (sog. "Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals des deutschen Volkes in den Vertreibungsgebieten") für Ost-Mitteleuropa

(außer UdSSR und ohne reichsdeutsche Bombenevakuierete und Dienstverpflichtete) rd. 2,3 Millionen Tote und ungeklärte Fälle (Verschollene). Da seit dem Kriegsende bereits Jahrzehnte vergangen sind, müssen die Verschollenen als umgekommen gelten (x025/248).

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) errechnete für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierete und Dienstverpflichtete) insgesamt 2.220.000 Todesopfer (x037/60): Tote auf der Flucht, bei der Vertreibung und als Folge der Besetzung = 1.640.000 (766.000 Frauen und Mädchen, 555.000 Männer und 319.000 Kinder). Tote der sowjetischen Verschleppungsaktion = 580.000 (226.000 Frauen, 258.000 Männer und 96.000 Kinder).

Im "dtv-Atlas zur Weltgeschichte" (1989; Band 2, S. 499) wurden die deutschen Vertreibungsverluste mit über 3,0 Millionen angegeben (x061/499).

Anstatt eines Schlußwortes

>>Die ursprüngliche Heimat ist eine Mutter, die zweite eine Stiefmutter.<< (Sprichwort aus Rußland)

Heinz Nawratil erläuterte einige Gründe, warum die Deutschen ihre Siedlungsgebiete in Ost-Mitteleuropa verlassen mußten (x160/8-9): >>Die offizielle Propaganda freilich hat die polnischen Annexionen und Vertreibungen als reine Reaktion auf Hitler dargestellt und wurde sogar von etlichen westlichen Historikern ungeprüft übernommen. Zutreffend schreibt dagegen der unvergessene Prof. Andreas Hillgruber, einer der Großen der bundesdeutschen Geschichtsschreibung: "Die Komplexität des Geschehens wurde auf unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerischen Expansionspolitik ... interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Dabei war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalistische Herausforderung; es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch kamen."

... Warum sollte es nicht auch in Europa möglich sein, eine legendenfreie Geschichte im Geist der Menschenrechte und der historischen Wahrhaftigkeit zu schreiben?

... Als Legende Nr. 1 wäre die Westverschiebung Polens zu nennen. Dazu der Abgeordnete Dr. Ehmke von der SPD: ... "Polen hatte im Osten große Gebiete verloren, Deutschland mußte fast ein Viertel seines Bodens abgeben. ..."

... Daß die ehemals polnischen Gebiete östlich der sog. Curzon-Linie eine Frucht der großpolnischen Expansionspolitik nach dem Ersten Weltkrieg darstellten und immer mehrheitlich von Ukrainern und Weißrussen besiedelt waren, ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Trotz der polnischen Siedlungs- und Kolonialpolitik und trotz frisierter Statistiken konnte Warschau in diesen Landesteilen 1939 nur einen polnischen Bevölkerungsanteil von 36 % vorweisen, ein Prozentsatz, der etwa dem der Deutschen in den Abtretungsgebieten des Deutschen Reiches von 1919 entsprach. Nach russischen Schätzungen vom Oktober 1939 - mindestens ebenso frisiert - waren von der Gesamtbevölkerung Ostpolens in Höhe von insgesamt 11,5 Millionen sogar 10 Millionen Ukrainer bzw. Weißrussen.

Genauere Zahlen lassen sich nur schwer ermitteln. Fest steht, daß in den fünfziger Jahren 1,5 Millionen "Ostpolen" im ganzen polnischen Machtbereich gezählt wurden. Bedenkt man weiter, daß aus Polen selbst nach 1945 518.000 Ukrainer, Weißrussen und Litauer in die Sowjetunion umgesiedelt wurden, fast 200.000 Juden auswanderten und außerdem rund 1 Million Volksdeutsche aus Polen vertrieben wurden, dann bleibt für Kompensationsgedanken kein Platz mehr. Die ostpolnischen Vertriebenen und sogar die Umsiedler aus dem Inneren der Sowjetunion usw. hätten in den verlassenen Siedlungen der Minderheiten untergebracht werden können, ohne die polnische Westgrenze auch nur um einen Meter zu verschieben. Die Annexion ostdeutscher Gebiete mit einer Vorkriegsbevölkerung von rund 9 Millionen und die Vertreibung ihrer Bewohner hat mit Kompensation sicher nichts zu tun. ... <<

Der kanadische Historiker James Bacque berichtete im Jahre 1989 erstmalig über den Hungertod der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in der Nachkriegszeit (x131/227-228): >>Trotz der weltweiten Lebensmittelknappheit von 1946 ist es klar, daß die alliierte Politik länger als ein Jahr, von Mai 1945 an, die Deutschen wissentlich bei dem Versuch hinderte, sich Lebensmittel zu beschaffen und zu exportieren, um die Lebensmittelimporte zahlen zu können. Auch wurde anfangs keine Hilfe von Wohltätigkeitsverbänden zugelassen. Die Regierungen Schwedens und der Schweiz versuchten 1945, Lebensmittel nach Deutschland zu schicken. Beiden Regierungen wurde das verboten. ...

In der gesamten westlichen Welt sind entsetzliche Greuelthaten gegenüber Armeniern, Ukrai-

nen und Juden bekannt. Nur die Greuelthaten gegenüber den Deutschen werden abgestritten. Sind die Deutschen in unseren Augen keine Menschen? ...<<

Der deutsche Journalist Alfred Theisen berichtete am 10. Februar 1995 in einer Beilage der Wochenzeitung "DAS PARLAMENT" über "Die Vertreibung der Deutschen – Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte" (x163/1-18):

>>**I. Ein verdrängtes Thema**

Nach Angaben des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sind derzeit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Nachrichten über Vertreibung und Völkermord erreichen uns längst nicht mehr nur von fernen Kontinenten. Seit Beginn der neunziger Jahre sind durch die serbische Aggression auf dem Balkan Flucht und Vertreibung auch in Europa wieder brutale Wirklichkeit geworden. Die Zahl der Opfer dieses europäischen Kriegsschauplatzes geht bereits in die Hunderttausende.

Die Bilder des Schreckens von Vertreibung, Massentötungen, systematischen Vergewaltigungen und anderen Gewaltverbrechen gegen die Zivilbevölkerung rufen bei Millionen vertriebenen Deutschen traumatische Erinnerungen wach. Sie denken dabei nicht nur an persönlich erlittenes Leid, sondern auch an die tiefen kulturhistorischen und zivilisatorischen Wunden, die Deutschland und Europa mit der Vertreibung von Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges zugefügt worden sind.

Daß dies oft aus Gleichgültigkeit vielen West- und Mitteldeutschen unbekannt ist, verletzt deutsche Heimatvertriebene. Was weiß man eigentlich über das Schicksal der über zwölf Millionen geflüchteten und vertriebenen Deutschen, was will man überhaupt noch wissen? Waren es damals tatsächlich nur Flucht und Evakuierung, wie die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen der siebziger Jahre es beschreiben? Handelte es sich bei den Grausamkeiten nur um gelegentliche, fast entschuldbar spontane Vergeltungsmaßnahmen der Vertreiber?

Die Unwissenheit über die Verbrechen an Millionen deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen offenbart die Versäumnisse von Lehrern, Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten, die es unterlassen haben, dies, aber auch Leistung und Schicksal des geschichtlichen Ostdeutschlands, des Sudetenlandes und anderer Vertreibungsregionen zu vermitteln.

Ein für die Situation bezeichnendes Urteil über den Umgang mit dem Thema "Vertreibung in Film und Literatur" enthält ein Gutachten, das Heinz Nawratil in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" in folgendem Auszug veröffentlichte:

"Man fragt sich unwillkürliche, weshalb ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis wie der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete weder in der ernstzunehmenden deutschen Literatur noch in deutschen Filmen – unter welchen politischen und unpolitischen Aspekten auch immer – ein irgendwie bemerkenswertes Echo gefunden hat.

Gesetzt den Fall, ein ähnliches Schicksal hätte Frankreich, Italien oder England getroffen – wäre es da denkbar, daß französische, italienische oder englische Filmemacher einen derartig spektakulären und sozial äußerst folgenschweren Vorgang in ihrem Land jahrzehntelang einfach ignorierten oder sich gar durch opportunistische Selbstzensur (was wird wohl das Ausland dazu sagen?) an einer freimütigen Behandlung dieses so ungemein reichhaltigen Stoffgebietes hindern ließen?"

Seit Beginn der fünfziger Jahre bemühte sich immerhin das damalige Bundesministerium für Vertriebene, die Lücken der geschichtlichen Überlieferung dadurch zu schließen, daß großangelegte Recherchen durchgeführt wurden, in deren Namen Niederschriften (z.B. Erlebnisberichte, Tagebücher, Briefe) von Tausenden Betroffenen aus allen Vertreibungsgebieten gesammelt wurden. Eine Auswahl aus diesem Material hat die Bundesregierung 1953 bis 1961 in der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" herausgegeben. Diese Dokumentation ist erst – seit dem sie über zwei Jahrzehnte nicht mehr erhältlich war

(und dies auch aus politischen Gründen) – im Mai 1984 neu aufgelegt worden.

Im Bundesarchiv/Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth lagern mehr als 40.000 solcher Zeugnisse von Vertriebenen. Jahrelang wurde ein wissenschaftlicher Bericht zu diesen Unterlagen von den Bundesregierungen unter Verschuß gehalten. Erst seit Dezember 1982 sind diese Dokumente zur publizistischen und wissenschaftlichen Nutzung freigegeben worden, nachdem vorher nur einige kleine Teile davon an die Öffentlichkeit gelangen konnte.

Die Literatur, die sich mit der Vertreibung auseinandersetzt, ist inzwischen auf einen stattlichen Bestand an ausführlichen Dokumentationen, kommentierenden und analysierenden Büchern angewachsen. Dennoch ist die Vertreibung nach wie vor fast alleiniges Thema der Vertriebenen selbst geblieben. Im englischen Sprachraum hat sich der Historiker Alfred M. de Zayas im Hinblick auf die Verbreitung des Wissens um die Vertreibung verdient gemacht.

Als einer der seltenen Versuche, auch im Fernsehen über das Thema der Vertreibung zu informieren, muß die am 3. November 1985 im ZDF ausgestrahlte, von Ekkehard Kuhn zu verantwortende Fernsehsendung "Das deutsche Nachkriegswunder, Leid und Leistung der Vertriebenen" genannt werden. In seinem zwei Jahre später erschienenen Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen" zieht Kuhn jedoch die ernüchternde Bilanz: "Die Solidarität, das Mitgefühl mit Opfern der Vertreibung, den Toten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden."

Obwohl jeder vierte Einwohner der ehemaligen DDR entweder selbst vertrieben wurde oder aus einer Vertriebenenfamilie stammt, war das Thema der Vertreibung unter den Kommunisten selbstverständlich ebenfalls tabuisiert. Bereits am 8. Oktober 1945 verfügte die sächsische Landesregierung, daß nur noch von "Umsiedlern" gesprochen werden sollte. Zu Beginn der fünfziger Jahre wurden die Vertriebenen in der DDR im offiziellen Sprachgebrauch der SED-Diktatur beschönigend als "Neubürger" bezeichnet.

... In der Folgezeit fand das den strategischen Zielen des Sowjetimperiums zuwiderlaufende Thema der Vertreibung in den Medien, Schulen, der Wissenschaft und Literatur der DDR nicht mehr statt. Indirekt an die Vertreibung erinnert wurde in der DDR jedoch ständig durch die endlosen Revanchismuskampagnen gegen die Landsmannschaften der Vertriebenen im Westen, denen in der Feinbildpropaganda der Kommunisten eine große Rolle zukam. ...

Auch nach der Auflösung der SED-Herrschaft steckt die wissenschaftliche Forschung des Schicksals der Vertriebenen in der DDR noch in den Anfängen. Seit Beginn der neunziger Jahre wurde jedoch an den Hochschulen in Berlin und Magdeburg eine Reihe von entsprechenden Forschungsprojekten in Auftrag gegeben.

In dem Abschlußbericht der Enquetekommission des Deutschen Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" wird dieses Thema nur sehr am Rande behandelt. Ungeachtet dieser geringen öffentlichen bzw. politischen Aufmerksamkeit haben sich die Vertriebenen in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung der beiden Staaten in Deutschland in starken Verbänden zusammengeschlossen. Der Bund der Vertriebenen (BdV) und einzelne Landsmannschaften verfügen in den neuen Bundesländern über erhebliche Mitgliederzahlen (Ende 1994 rd. 200.000).

II. Die politische Vorgeschichte der Vertreibung

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg warf die Vertreibung ihre Schatten voraus, wurde Ost- und Sudetendeutschen das versprochene Selbstbestimmungsrecht vorenthalten. Durch den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 und den Vertrag von St. Germain mit Österreich vom 10. September 1919 wurde das erst wenige Monate vorher vom amerikanischen Präsidenten Wilson feierlich ausgerufene Selbstbestimmungsrecht der Völker auf die Deutschen nicht angewandt: Das Memelgebiet wurde abgetrennt, der überwiegende Teil der Provinz Posen, weite Gebiete Westpreußens und ein Drittel Oberschlesiens gerieten unter polnische Herrschaft; das soge-

nannte Hultschiner Ländchen und die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete Böhmens, Mährens und Österreich-Schlesiens wurde ungefragt der neu gegründeten Tschechoslowakei zugeschlagen.

Hier bereits erfolgten die politischen Weichenstellungen, die Europa in noch größere Tragödien stürzen sollten. Hinzu kamen aufgrund des umstrittenen Kriegsschuldartikels hohe, nicht erfüllbare Reparationsforderungen. Diese sowie die umfangreichen Gebietsabtretungen raubten der Weimarer Demokratie mit der Wirtschaftskraft auch die politische Stabilität. Eine demokratische Westorientierung der ersten deutschen Republik war durch Versailles selbst verhindert worden. Revisionistische Tendenzen und Volksgruppenprobleme bildeten somit den fruchtbaren Boden für die nationalsozialistische Propaganda und letztlich den Weg zum Zweiten Weltkrieg.

Von dem Leid, das durch den Nationalsozialismus und Krieg von Deutschen den Juden, Polen, Russen Tschechen und anderen zugefügt wurde darf nichts geleugnet werden, und es wird auch nichts verschwiegen. Im Gegenteil: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus füllt mittlerweile nicht nur ganze Bibliotheken, sie ist auch – zu Recht – Bestandteil unserer demokratischen politischen Kultur geworden. Daß es auch in Deutschlands östlichen Nachbarvölkern Verbrecher und Kriegstreiber gegeben hat, macht die Bürde der Schuld der Deutschen nicht geringer. Jedoch kann Unrecht nicht das Begehen neuen Unrechts rechtfertigen.

Schon während des Krieges fanden wichtige Entscheidungen der künftigen Siegermächte über die territoriale Neuordnung Mitteleuropas nach dem Kriege statt. Allerdings bekannten sich am 14. August 1941 die Alliierten in der "Atlantik-Charta" dazu, "daß nach Kriegsende keine territorialen Veränderungen Platz greifen sollen, die nicht mit dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der Völker übereinstimmen".

Auch die polnische Exilregierung, der tschechoslowakische Exilpräsident Edvard Benesch und die Sowjetunion unterzeichneten diese Charta. Dabei kann man davon ausgehen, daß dies sowohl für Benesch wie für Stalin lediglich eine taktische Maßnahme war. So gehörte Benesch seit dem Münchener Abkommen zu den Befürwortern einer Vertreibung von Sudetendeutschen, und ihm gelang es auch als erstem, grundsätzlich die Zustimmung nicht nur Stalins, sondern auch der amerikanischen und britischen Regierung zur Vertreibung der Sudetendeutschen zu erreichen.

Stalin hatte zu dieser Zeit bereits als Folge seines Paktes mit Hitler und entsprechender sowjetischer Gebietsokkupationen Zwangsaussiedlungen zugestimmt, die keinen Zweifel daran ließen, daß er an seinen zu Kriegsbeginn geplanten Gebietsaneignungen festhalten wollte. Nur 14 Tage nach der Verabschiedung der Atlantik-Charta erließ Stalin am 28. August 1941 das Dekret "Über die Umsiedlung der Deutschen des Wolgagebietes", was einem Todesurteil für die nationale, kulturelle und religiöse Selbständigkeit dieser Volksgruppe gleichkam.

In den Verhandlungen der Siegermächte während des Krieges kam es Stalin und den später von ihm mit an den Verhandlungstisch gebrachten moskautreuen polnischen Kommunisten darauf an, eine Westverschiebung Polens zu Lasten Deutschlands durchzusetzen und diese Grenzveränderungen durch Zwangsumsiedlungen der deutschen Bevölkerung unumkehrbar zu machen.

Nicht zuletzt durch eine Reihe von Täuschungsmanövern gelang es Stalin, die Zustimmungen der westlichen Regierungen sowohl zur Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen nach Westen, wie auch auf der Konferenz von Jalta ihr Einverständnis zur Verschleppung von Deutschen zur Zwangsarbeit in sowjetische Arbeitslager zu erreichen.

Obwohl die amerikanische und britische Regierung – sowohl was das Ausmaß der späteren Westverschiebung Polens wie auch der Vertreibung von Deutschen anbelangt – sich weitergehenden Planungen entgegenstellten, muß festgehalten werden, daß auch Staatsmänner der

westlichen Demokratien damals der Vertreibung das Wort geredet haben.

Auf der Konferenz von Teheran, Ende 1943, stellte der damalige britische Premierminister Winston Churchill seinen später zur Vertreibung führenden Vorschlag einer Westverschiebung Polens vor. Westliche Politiker stimmten damals der Vertreibung von Deutschen zu, auch wenn sie später auf deren Umfang und brutale Durchführung keinen Einfluß mehr hatten und sich amerikanische und britische Politiker über das Ausmaß der seit Kriegsende an den Ost- und Sudetendeutschen begangenen Verbrechen entrüsteten.

Angaben zum damaligen unabhängigen national-polnischen Standpunkt in der Oder-Neiße-Diskussion findet man in einem Interview, das der Ministerpräsident der Londoner Exilregierung Polens Tomasz Arciszewski, am 17. Dezember 1944 der "Sunday Times" gegeben hat. Danach sollte das Vorkriegspolen wiedererstehen. "Amputationen" im Osten zugunsten Stalins lehnte er ab. Dafür erhob er im Westen Anspruch auf das industriereiche Oberschlesien, auf die bis 1939 Freie Stadt Danzig sowie auf Ostpreußen und Teile von Pommern.

Arciszewski lehnte es ab, Gebiete mit acht bis zehn Millionen Deutschen zu verlangen. Wörtlich sagte er: "Wir wollen weder Stettin noch Breslau."

Ebenso lehnte der militärische Führer des polnischen Exils, General Wladislaw Anders, zu weitgehende Annexionen deutschen Gebietes ab.

Entgegen den in Jalta getroffenen Vereinbarungen, die endgültige Regelung der polnischen Grenzen einer Friedenskonferenz vorzubehalten, übertrug die Sowjetregierung nach der militärischen Besetzung die Gebietshoheit über den deutschen Osten, mit Ausnahme des Gebietes rings um Königsberg, der von ihr abhängigen polnisch-kommunistischen Regierung in Warschau. Diese errichtete noch vor Kriegsende am 14. März 1945 in den Oder-Neiße-Gebieten 4 Wojewodschaften (Bezirksverwaltungen), denen am 20. März als fünfte die Wojewodschaft Danzig folgte.

Nicht nur gegenüber den Deutschen verständigten sich die westlichen Siegermächte an ihren eigenen Zielsetzungen der Atlantik-Charta, sondern auch dadurch, daß sie in der Folgezeit die demokratischen Repräsentanten Polens - sowohl die Exilregierung in London wie den polnischen Widerstand - zunehmend ignorierten und an deren Stelle die Marionetten stalinscher Machtpolitik in Warschau akzeptierten.

Zu spät erkannten die Westmächte, daß sie unter irrigen Voraussetzungen Stalins Politik der Westverschiebung Rußlands und Polens unterstützt hatten. Der sowjetische Einfluß reichte nun bis zur Elbe und die innerhalb dieses Raumes erfolgende Neugestaltung der politischen Verhältnisse entzog sich der Einflußnahme des Westens.

III. Die Vertreibung der Deutschen

Als die Alliierten im Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 "die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, ... in ordnungsgemäßer und humaner Weise" beschlossen, waren bereits seit Monaten mörderische Vertreibungen in Ostdeutschland, dem Sudetenland und den zahlreichen Siedlungsgebieten der Deutschen in den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands im Gange.

Entrüstete Berichte in der westlichen Öffentlichkeit und Appelle westlicher Politiker, die mehr Humanität bei der "Zwangsumsiedlung" anmahnten, hatten kaum Einfluß auf Art und Umfang der im sowjetischen Machtbereich durchgeführten Vertreibungsaktionen. ...

Bereits Ende Juni/Anfang Juli 1945 begannen auf einem 100 bis 200 Kilometer breiten Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie ebenso schnell wie brutal durchgeführte Austreibungen der Deutschen. 200.000 bis 300.000 Schlesier, Pommern und Brandenburger wurden in Fußmärschen unter Mißhandlungen durch Rotarmisten oder die polnische "Miliz" nach Westen eskortiert. Sie waren froh, wenn sie zwar ohne jede Habe, aber noch lebendig mitteldeutschen Boden erreichten.

Obwohl noch kein Ausweisungsplan vorlag, wurden in den Wochen nach der Potsdamer Konferenz vor allem in Oberschlesien viele Deutsche in Lagern zusammengefaßt, um sie anschließend in geschlossenen Transporten nach Westen zu bringen. Schon ab dem 1. Juni waren alle Brücken über die Oder und Neiße für heimwärts strebende deutsche Flüchtlinge gesperrt worden. Nur während der Potsdamer Konferenz waren auf Druck der Westmächte die wilden Vertreibungsaktionen vorübergehend eingeschränkt worden. Härter noch als die Vertreibung der Ostdeutschen war das überwiegend von der Einweisung in Arbeitslager gekennzeichnete Schicksal der deutschen Volksgruppe in Polen, die fast völlig vernichtet wurde.

IV. Vertreibung und Aussiedlung nach der Potsdamer Konferenz

... Die Phase der "kontrollierten" aber keinesfalls humanen, sondern völkerrechtswidrigen Vertreibung begann mit der Verabschiedung eines Ausweisungsplanes des Alliierten Kontrollrates am 17. Oktober 1945. Hunderttausende von Deutschen, insbesondere auch aus dem russisch verwalteten nördlichen Ostpreußen, mußten sich kurzfristig auf Sammelplätzen einfinden, um dann in Richtung Westen abgeschoben zu werden es durfte nur so viel Gepäck mitgenommen werden, wie man tragen konnte.

Die Aktion wurde angesichts der öffentlichen Empörung in der westlichen Welt über die bisherigen Begleitumstände der Vertreibung zeitweilig unterbrochen. Auf west- und mitteldeutschen Bahnhöfen trafen unangekündigt mit Vertriebenen vollgepackte Güterzüge ein.

Im Westen war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht vorbereitet. Es kamen insgesamt bis 1950 mehr als doppelt so viele Menschen an, als der vereinbarte Ausweisungsplan vorsah, weil wesentlich mehr Menschen vertrieben wurden, als die Westmächte angenommen hatten. Oft wurden die Vertriebenen unter unmenschlichen Bedingungen tage- und wochenlang in Güterwagen planlos von einem Ort zum anderen abgeschoben.

Durch die Vertreibungsaktion kamen allein im Jahr 1946 etwa zwei Millionen verzweifelte und auch körperlich angegriffene Menschen nach Westdeutschland, wo sie überwiegend nur in provisorischen Flüchtlingslagern untergebracht werden konnten.

Die systematische Vertreibung umfaßte nun alle Gebiete Ostdeutschlands mit Ausnahme von Teilen Oberschlesiens und des niederschlesischen Waldenburger Berglandes, wo man noch deutsche Arbeitskräfte benötigte. Übergriffe und Plünderungen der Vertreiber ließen erst im Sommer 1946 nach. 1947 wurden in einer letzten großen Vertreibungsaktion nochmals zahlreiche Ostdeutsche nach Westen verbracht, darunter viele, die man bisher noch als Facharbeiter benötigt hatte.

Nur in Masuren, im südlichen Ostpreußen, und vor allem in Oberschlesien konnte die angestammte deutsche Bevölkerung in einigen geschlossenen Siedlungsgebieten verbleiben, wofür wohl zwei Gründe ausschlaggebend waren: Erstens benötigte man – zumal im ober-schlesischen Industriegebiet – weiter deutsche Fachkräfte und zweitens hätte eine komplette Austreibung der Deutschen der polnischen Propaganda von der "Rückkehr in uralte Piastengebiete", die auch als "wiedergewonnene Gebiete" bezeichnet wurden, allzu offenkundig widersprochen. Diese Deutschen, die als "Autochthone" im Lande verbleiben durften, waren in den folgenden Jahrzehnten vielen Diskriminierungen und versuchter Zwangspolonisierung ausgesetzt.

Noch im Sommer 1945 war bereits mit der Aussiedlung polnischer Vertriebener aus den von den Russen annektierten ostpolnischen Gebieten begonnen worden. Dennoch trifft die weitverbreitete Annahme nicht zu, daß die deutschen Ostprovinzen nach 1945 mehrheitlich von polnischen Vertriebenen aus Ostpolen besiedelt worden sind.

Nach offiziellen Angaben der polnischen Kommunisten lebten am 1. Januar 1949 in den polnisch verwalteten Oder-Neiße-Gebieten 1,2 Millionen "Autochthone", 2,4 Millionen Umsiedler aus Zentralpolen, 200.000 vor allem aus Frankreich und Belgien eingewanderte Auslands-polen ("Remigranten") und 2,1 Millionen "Repatrianten" aus den ostpolnischen Gebieten.

Neben Oberschlesien und Masuren gab es im Waldenburger Bergland und in der ostpommerschen Kaschubei noch kleine deutsche Siedlunginseln. ...

Die Vertreibung der über drei Millionen Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat war das erklärte Ziel der tschechoslowakischen Exilregierung unter Präsident Benesch in London. Als im Frühsommer 1945 die Rote Armee zusammen mit der tschechischen Befreiungsarmee die deutsche Wehrmacht aus dem Sudetenland verdrängte, wurde unverzüglich mit der Austreibung der Deutschen begonnen.

Auftakt der Gewalt gegen die Sudetendeutschen war der Prager Aufstand am 5. Mai 1945. Durch Hetzparolen und Schmähchriften entfesselte Tschechen sowie in der Sowjetunion ausgebildete Einheiten von General Svoboda und Partisanen fielen über die Deutschen her. Zwar wird auch von Gewaltakten der Rotarmisten berichtet, doch Hauptakteure waren Tschechen.

Im Anschluß an den Prager Aufstand wurden die Deutschen an vielen Orten in Lager gebracht oder in "wilden Ausweisungen" zur Grenze getrieben. Ortschaften wurden systematisch abgeriegelt, die Bewohner kurzfristig zum Verlassen der Häuser aufgefordert und in Fußmärschen zur deutschen Grenze verbracht. Frauen, Alte, Kranke und Kinder konnten froh sein, wenn sie ausgeplündert, aber noch lebend deutsches Gebiet erreichten.

Später wurde die Vertreibung der Sudetendeutschen von den örtlich eingerichteten Nationalausschüssen organisiert, die sich ein wenig mehr an die humanitären Vorgaben des Potsdamer Protokolls hielt als das tschechische Militär oder Milizionäre. Dennoch wurden in vielen Fällen Väter von ihren Familien getrennt, weil man sie noch als Arbeitskräfte benötigte.

Trotz der Aufforderung der Potsdamer Konferenz, die Austreibung einzustellen, wurden weitere Transporte mit vorwiegend alten und kranken Leuten über die Grenze geschickt. Zehntausende saßen unterernährt in überfüllten Lagern, wo es wegen der primitiven sanitären Verhältnisse zu Epidemien kam, die unter den entkräfteten Menschen viele Opfer forderten.

Die Dokumentation des Bundesarchivs berichtet von 1.215 Internierungslagern, 846 Arbeits- und Straflagern und 215 Gefängnissen, in denen 350.000 Deutsche festgehalten worden waren. Schlechte Ernährung, unhygienische Verhältnisse und Mißhandlungen führten vor allem bei Kindern und älteren Menschen zu einer hohen Todesrate.

Es kann hier nicht detailliert auf die schier endlose Zahl von Grausamkeiten und Verbrechen eingegangen werden. Erinnerung sei wenigstens an das Massaker von Aussig, wo Hunderte von Deutschen erschlagen und in die Elbe geworfen wurden, oder an den berüchtigten "Todesmarsch" der Brüner Deutschen: Am 30. Mai 1945 wurden über 20.000 Menschen zur österreichischen Grenze getrieben.

Von den 3,45 Millionen Deutschen, die bei Kriegende in der Tschechoslowakei lebten, wurden im Verlauf der ersten Austreibungswelle 700.000 bis 800.000 aus dem Osten und Norden des Sudetenlandes vertrieben. Am 19. Januar 1946 begann die zweite Austreibungswelle; sie dauerte bis in den Herbst 1946 und erfaßte 1.859.541 Sudetendeutsche. ...

Trotz Evakuierappellen deutscher Stellen flüchteten im Herbst 1944 von den etwa 500.000 Ungarndeutschen nur knapp 10 Prozent vor den in Ungarn vorrückenden Rotarmisten. Zwar kam es auch hier beim Einmarsch der sowjetischen Truppen zu Plünderungen, Schikanen und späterer Zwangsarbeit von Deutschen, aber nicht zu ähnlichen massenhaften Greuelthaten wie in Ostdeutschland, Polen, Jugoslawien oder im Sudetenland. Insgesamt wurden etwa 60.000 Deutsche, davon etwa je zur Hälfte Zivilisten und Kriegsgefangene, zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt.

Nach dem Krieg gewannen deutschfeindliche ungarische Nationalisten an Einfluß, und es setzte eine systematische Unterdrückung und Verfolgung der Deutschen ein. Während Ungarn ursprünglich nur exponierte Nationalsozialisten ausweisen wollte, wurde durch den Druck der madjarischen Nationalisten dann doch die Ausweisung von etwa 40 Prozent der Ungarndeut-

schen beschlossen. In 2 Etappen wurden 1946 170.000 Ungarndeutsche nach Baden-Württemberg in die amerikanische und 1947/48 50.000 in die sowjetische Besatzungszone umgesiedelt. Etwa 270.000 konnten in der Heimat verbleiben.

Ähnlich dem Schicksal der Deutschen in Polen spielte sich auch das Leben der Volksdeutschen in Jugoslawien nach der Machtübernahme der Tito-Partisanen und der Roten Armee nur noch in Lagern ab. Als im Herbst 1944 in weiten Teilen Jugoslawiens Partisanenverbände die Macht übernahmen, befanden sich von den ursprünglich 800.000 dort lebenden Deutschen noch mehr als 200.000 im Lande. Die Mehrzahl wurde in Lager eingewiesen, wo es schon bald zu Massenerschießungen kam. In den sogenannten Vernichtungslagern starben nach den zugänglichen Informationen mindestens 67.000 Deutsche. Insgesamt sind bei der Vertreibung aus Jugoslawien mehr als 80.000 Deutsche umgekommen.

In Rumänien verlief der Einmarsch der Roten Armee ähnlich wie in Ungarn verhältnismäßig diszipliniert. Auch hat es nur in sehr begrenztem Umfang rechtzeitige Evakuierungen von Deutschen gegeben. Nicht die Rotarmisten, sondern Rumänen plünderten schutzlose Deutsche aus. Obwohl Rumänien kein sowjetischer Feindstaat war, forderte Moskau Arbeitskräfte für den Wiederaufbau in der Sowjetunion an, wozu im wesentlichen die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung herangezogen wurde. 80.000 Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen wurden zur Zwangsarbeit verschleppt.

Vertreibungen aus Rumänien nach Deutschland waren im Potsdamer Abkommen nicht vorgesehen und haben auch nicht stattgefunden. Erst wegen der unerträglichen Lebensbedingungen unter den neuen kommunistischen Machthabern begann in den späteren Jahren die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien nach Westdeutschland.

V. Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Wie die beiden regierungsamtlichen Dokumentationen aus den fünfziger und siebziger Jahren berichten, gingen die vorrückenden russischen Truppen mit kaum vorstellbarer Grausamkeit gegen deutsche Frauen vor, die ihnen in die Hände fielen. In der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" wird zum Einmarsch der Roten Armee zusammenfassend festgestellt:

"Bei den zahlreichen Erlebnisberichten, die vom Einzug der Roten Armee handeln, gibt es kaum einen, der nicht von Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen zu berichten weiß, in vielen Fällen wird sogar in aller Offenheit von selbsterlittenen Vergewaltigungen erzählt. Es kann auch bei kritischster Prüfung dieser Berichte kein Zweifel sein, daß es sich bei den Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere um ein Massenvergehen im wahren Sinne des Wortes handelt, keineswegs um bloße Einzelfälle. Darauf deutet schon hin, daß förmliche Razzien auf Frauen unternommen wurden, daß ferner manche Frauen in vielfacher Folge nacheinander mißbraucht wurden und daß die Vergewaltigungen oft in aller Öffentlichkeit vor sich gingen. In gleicher Weise befremdend und Entsetzen erregend wirkte es auf die deutsche Bevölkerung, daß von den Vergewaltigungen auch Kinder und Greisinnen nicht verschont wurden."

In der Dokumentation des Bundesarchivs in Koblenz heißt es: "Es handelt sich bei den Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere nicht etwa um Einzelfälle, sondern um ein Massenvergehen. Sie sind als eine der grauenhaftesten völkerrechtswidrigen Gewalttaten zu verzeichnen.

Sie haben in massenhaftem Ausmaß bei und nach der Besetzung der östlichen Reichsgebiete stattgefunden, auch in Kreisen, die erst nach der Kapitulation der Wehrmacht besetzt wurden." In seinem Buch "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" zitiert Alfred M. de Zayas aus dem Bericht eines Beamten des amerikanischen Außenministeriums:

"Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. Meistens werden sie von polnischer Miliz geleitet, In Schwientochlowitz (Ost-

oberschlesien) müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals in kaltem Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen."

In Oberschlesien wurde z.B. das frühere Kriegsgefangenenlager Lamsdorf in ein Internierungslager für Deutsche umgewandelt. In diesem Lager kamen von August 1945 bis zum Herbst 1946 insgesamt 6.430 Deutsche, darunter 623 Kinder, ums Leben. Die Täter von Lamsdorf oder Schwientochlowitz leben noch, sind namentlich bekannt und befinden sich im Rechtsprechungsbereich polnischer Richter.

Die Dokumentation des früheren Bundesvertriebenenministeriums weist darauf hin, daß in solche Lager im Laufe der Zeit fast alle Deutschen in Polen eingewiesen worden sind, und berichtet über die herrschenden KZ-ähnlichen Umstände:

"Durch die Internierungslager und die schrecklichen Formen der Zwangsarbeit wurde das Schicksal der Deutschen im polnischen Staatsgebiet noch schwerer als das der Deutschen in den östlichen Provinzen des Reiches. ...

Deutsche Frauen mußten, rohen Schikanen der polnischen Miliz ausgesetzt, von russischen Soldaten belästigt und vergewaltigt, bei völlig unzureichender Verpflegung Leichen bergen, Tierkadaver begraben, Munition und Kriegsgerät fortschaffen, Straßen und Wege freilegen und Häuser säubern. ...

Es erschien das Leben der Alten, Kranken und Kinder geradezu hoffnungslos, die - als Arbeitskräfte verschmäht - Jahr um Jahr in den Internierungslagern verbringen mußten. Ihr Leiden überschritt alles Maß. Sie konnten den quälenden Schikanen und der oft sadistischen Grausamkeit der Bewachungsmannschaften nicht entrinnen. ... Durch totale Entkräftung hilflos geworden, ohne Medikamente, von Ungeziefer geplagt, ohne Möglichkeit, auch nur die primitivsten Bedürfnisse der Körperpflege zu befriedigen, siechten sie dahin. ... Planmäßiges Erschießen von Alten und hilflosen Kranken, wie es beispielsweise im Lager Kaltwasser geschah, Gewalttaten und Mißhandlungen der Wachmannschaften, oft geleitet von dem Bestreben, Behandlungsmethoden nationalsozialistischer Konzentrationslager zu imitieren, erhöhten die Zahl der Todesopfer."

Wie hoch die Zahl derjenigen sei, die in der Zeit von 1945 bis 1950 in den polnischen Internierungslagern gestorben sind, werde sich wohl nie mehr feststellen lassen, heißt es in dieser Vertreibungsdokumentation. Die Lagerleitungen hätten die Zahl der toten Deutschen geheimgehalten, Massengräber seien z.T. wieder eingeebnet und Grabstätten unkenntlich gemacht worden.

Wie die Dokumentation des früheren Vertriebenenministeriums berichtet, wurden bereits seit Dezember 1944 in den südosteuropäischen Staaten Rumänien, Ungarn und Jugoslawien Zehntausende von Deutschen zumeist in die russischen Industriegebiete am Donez und Don, in den Ural und nach dem Kaukasus zur Zwangsarbeit verschleppt.

Als die Westmächte auf der Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) der Sowjetunion das Recht einräumten, nach dem Sieg über Deutschland - als einen Teil der ihnen zugesprochenen Reparationen - deutsche Arbeitskräfte nach Rußland zu schaffen, waren die Deportationen in den deutschen Ostprovinzen bereits in vollem Gange und die Verschleppungen aus Südosteuropa nahezu abgeschlossen.

In der Dokumentation des Bundesarchivs wird zusammenfassend festgestellt, daß die Anzahl der in die Sowjetunion als "Reparationsverschleppte" sowie "Vertragsumsiedler" gewaltsam verbrachten Deutschen aus den Gebieten östliche von Oder und Neiße mehr als 400.000 Menschen betragen habe, "wovon nur 55 Prozent überlebten. Demnach wären in den Lagern der Sowjetunion und auf Transporten ca. 200.000 verstorben.

Die genauen Zahlen der deutschen Zivilpersonen, die auf der Flucht, bei Deportationen oder sonstigen Vertreibungsverbrechen ums Leben kamen, wird wohl nicht mehr festzustellen sein.

Für die Beurteilung des Gesamtvorganges sollte es auch unerheblich sein, daß in der Fachliteratur unterschiedliche Angaben hinsichtlich der Gesamtzahl der Opfer zu finden sind.

Erstmals hatte im Jahre 1958 das Statistische Bundesamt eine umfassende Studie zum Ausmaß der Vertreibung sowie der Vertreibungsverbrechen vorgelegt. In einer Aktualisierung des damals veröffentlichten Zahlenmaterials kommt Heinz Günter Steinberg zu dem Schluß, daß jeder siebte Heimatvertriebene – insgesamt also 1,710 Millionen Deutsche – bei Flucht, Vertreibung, Verschleppung oder in Lagern ums Leben gekommen sind.

Danach wurden allein in den Ostgebieten des Deutschen Reiches 882.000 Zivilisten umgebracht, was nahezu 10 Prozent der Vorkriegsbevölkerung entsprach. Davon starben etwa 311.000 in Ostpreußen. Die relativ größten Zivilverluste mit mehr als einem Drittel der Vorkriegsbevölkerung waren in Ostbrandenburg und in Jugoslawien zu verzeichnen.

Von den Schlesiern, die mit über 4,5 Millionen Menschen den größten der vertriebenen deutschen Volksstämme darstellen, sind den Angaben Steinbergs zufolge über 450.000 und von den Sudetendeutschen etwa 273.000 bei der Vertreibung ums Leben gekommen.

Einschließlich der Kriegsverluste sind von über 12 Millionen Deutschen, die beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in den späteren Vertreibungsgebieten lebten, insgesamt nach der Darstellung Steinbergs 2,810 Millionen umgekommen, so daß jeder sechste Ost-, Südost- und Sudetendeutsche im Krieg oder bei der Vertreibung sein Leben verloren hat. Dabei wird in den Angaben des Statistischen Bundesamtes und auch Steinbergs nicht das Schicksal der Rußlanddeutschen erfaßt, von denen ebenfalls seit 1941 Hunderttausende bei der Verschleppung oder in den östlichen Verbannungsgebieten ums Leben gekommen sind.

Heinz Nawratil nennt in seiner Untersuchung "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" die Zahl von 350.000 Rußlanddeutschen, die ihre Verschleppung nach Osten nicht überlebt haben. Nawratil verweist auf eine umfassende Analyse des Kirchlichen Suchdienstes, die 1963 zu dem Ergebnis gekommen ist, daß bei der Vertreibung der Deutschen 2,3 Millionen Menschen umkamen – eine Angabe, die auch vom Bundesinnenministerium verwendet worden sei. Hinzu rechnet er die Verluste der Rußlanddeutschen mit 350.000 Opfern und von den mindestens zwei Millionen zugezogenen Menschen, zum Beispiel Bombenflüchtlinge aus Berlin oder dem Westen, etwa 220.000 Tote. Das ergebe so Nawratil, eine Zahl von mindestens 2,8 Millionen Todesopfern der Vertreibung.

VI. Ankunft und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen im Westen

Knapp 8 Millionen Vertriebene wurden in Westdeutschland, fast vier Millionen auf dem Gebiet der späteren DDR und etwa 200.000 in der damals noch ungeteilten Hauptstadt Berlin aufgenommen. Die hohe Zahl der Opfer und die verbrecherischen Begleitumstände der Vertreibung dürfen nicht den Blick für die Tragik und Bitterkeit des Verlustes der Heimat an sich verstellen. Für den einzelnen Überlebenden bedeutete diese bedrohliche körperliche und vor allem seelische Erschütterung und Erschöpfung, Verlust der meisten persönlichen Bindungen mit ihren Kennzeichen kultureller und landschaftlicher Eigenart.

Besonders für viele alte Menschen war die Vertreibung aus ihrer Heimat unfaßbar. In den zertrümmerten west- und mitteldeutschen Großstädten fanden sich für die Fremden – so wurden sie von den Einheimischen empfunden und so empfanden sie sich auch selbst – oft keine halbwegs zulängliche Unterkunft, und auf dem Lande war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht eingestellt.

Lebten vor dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland zu Zeiten relativen Wohlstandes 39 Millionen Menschen, so galt es sechs Jahre später in dem gleichen, jedoch jetzt vom Krieg weitgehend zerstörten und ausgezehrten Landesteil 47,5 Millionen – neben den Vertriebenen noch Hunderttausende ausländische Flüchtlinge aus dem sowjetischen Machtbereich – zu versorgen. Millionen der Flüchtlinge und Vertriebenen mußten viele Jahre lang in Lagern leben. Die Konfrontation zwischen Einheimischen und Vertriebenen steigerte sich, als sich die Lage

der Westdeutschen nach dem Krieg ebenfalls verschlechterte: Anhaltender Wohnraummangel, Arbeitslosigkeit und knappe Lebensmittel förderten die Spannungen zwischen den Deutschen verschiedener landsmannschaftlicher Herkunft. Wie schwer das Schicksal der Arbeitslosigkeit über viele Jahre auf den Heimatvertriebenen lastete, mag folgende Zahl verdeutlichen:

Von einer Gesamtzahl von 1,66 Millionen Arbeitslosen Ende Februar 1951 waren nicht weniger als 557.000 Heimatvertriebene. Bei einem Anteil an der Bevölkerung von rund 16,5 Prozent erreichte ihr Anteil an der Zahl der Arbeitslosen 33,5 Prozent.

Die Aufnahme so vieler Millionen heimatlos gewordener Menschen erschien unter den katastrophalen Verhältnissen der ersten Nachkriegsjahre unlösbar. Erschwerend wirkte sich zudem aus, daß es in den Westzonen keine systematische Verteilung des großen Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen gegeben hatte – nicht zuletzt die Folge eines allgemeinen Nachkriegs-Chaos. So stauten sich die Vertriebenen in den für sie nächst erreichbaren Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern.

Auch die Politik der Westmächte verhinderte eine sinnvolle Aufteilung. Unter Verweis darauf, daß Frankreich das Potsdamer Abkommen nicht unterzeichnet habe, sperrten sich die Franzosen generell gegen eine Aufnahme von Vertriebenen in ihrer Besatzungszone. In der britischen Zone wurden die Ost- und Sudetendeutschen willkürlich und zweckmäßig von der Besatzungsmacht verteilt. Am besten funktionierte die Aufteilung noch in der US-Zone, wo sie auf Anordnung der Amerikaner von deutschen Stellen vorgenommen wurde.

Diese ungleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen über die westdeutschen Regionen gehörte damals zu den drängendsten Problemen, weil dort, wo die Menschen zu meist notdürftig untergebracht waren, oft weder ausreichend Wohnungen noch Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden waren. Über eine Million Vertriebene wurden daher auf freiwilliger Basis und mit öffentlicher Unterstützung in den Jahren 1949 bis 1963 innerhalb des Bundesgebietes umgesiedelt. Insgesamt haben durch Umzüge und Umsiedlungen in diesen Jahren rund 3,4 Millionen Vertriebene ihren Wohnsitz von einem Bundesland in ein anderes verlegt. Hinzu kommen noch die Wanderungen innerhalb der Bundesländer.

Grundlegende Gesetze für die soziale Eingliederung der Millionen Heimatvertriebenen konnten erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erlassen werden. Nach Beginn des Kalten Krieges war klargeworden, daß die Vertreibung keinesfalls eine kurze Episode sein würde. Das Schlagwort, unter dem die soziale Integration der Vertriebenen konzipiert wurde, lautete daher "Lastenausgleich".

Es wurde ein Gesetzeswerk geschaffen, das sowohl die Eingliederung wie eine individuelle Entschädigung von Vertriebenen und Flüchtlingen in einem bundesweit einheitlichen Verfahren ermöglichte, ohne jedoch die fortgeltenden Eigentumsrechte der Betroffenen zu verletzen (In der Präambel zum Lastenausgleichgesetz heißt es, daß die Unterstützung geleistet wird "unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet ...").

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung vom 8. September 1993 festgestellt, daß die Eigentumsrechte der deutschen Vertriebenen auch durch die Ostverträge zu Beginn der neunziger Jahre nicht beeinträchtigt worden sind).

Nachdem bereits 1949 ein lediglich auf Eingliederungshilfen abzielendes Soforthilfegesetz (SHG) und für die vertriebenen Bauern das Flüchtlingssiedlungsgesetz verabschiedet worden waren, trat am 1. September 1952 das Entschädigung leistende umfassende Lastenausgleichsgesetz (LAG) in Kraft.

Mit dem Bundesvertriebenenengesetz vom 19. Mai 1953 wurde die Eingliederung der Vertriebenen bundesweit einheitlich geordnet. Nun gab es für alle westdeutschen Bundesländer die gleichen Begriffe, Regelungen und Behörden. Durch die Einrichtung von Beiräten der Ver-

triebenen bei zentralen Dienststellen von Bund und Ländern wurde die Effizienz (Wirksamkeit) dieses Gesetzes erheblich erhöht. Das Bundesvertriebenengesetz bildet bis heute die Grundlage für die Aufnahme von deutschen Aussiedlern aus den Herkunftsgebieten der Vertriebenen, von denen seit 1950 über drei Millionen nach Deutschland gekommen sind.

§ 96 des Bundesvertriebenengesetzes beinhaltet den gesetzlichen Auftrag an Bund und Länder, das deutsche Kulturerbe der Vertreibungs- und Siedlungsgebiete im Osten und Südosten Europas zu bewahren sowie im Bewußtsein des deutschen Volkes lebendig zu halten. In diesem Sinne fördert der Bund unter anderem Kultureinrichtungen wie Museen, Kulturwerke und Stiftungen sowie die kulturelle Breitenarbeit der Vertriebenenverbände. ...

Wenn der Weg Westdeutschlands nach dem Kriege nicht in Anarchie und Chaos endete, sondern in gemeinsamer Anstrengung ein einzigartiges, weltweit geachtetes, friedliches Aufbauwerk geleistet wurde, so ist dies auch ein Verdienst der deutschen Vertriebenen. Sie haben sich nicht zum politischen Extremismus oder gar Terrorismus entschlossen, wie so viele andere Flüchtlingsgruppen in der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, sondern sie haben tatkräftig am Wiederaufbau mitgearbeitet.

Ein naheliegendes Kalkül Stalins mit der Vertreibung von Millionen Ost- und Sudetendeutschen einen die Festigung demokratischer Strukturen unmöglich machenden sozialen Sprengsatz in Westdeutschland zu installieren, war nicht aufgegangen, weil die Landsmannschaft der deutschen Vertriebenen sich von Beginn an für eine gewaltfreie, demokratische Politik entschieden hatten. So gehörte die 1950 verabschiedete und durch Jahrzehnte friedfertige Verbandsarbeit glaubwürdig bezeugte Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu den herausragenden, allerdings weithin unbekanntem demokratischen Traditionen unseres Volkes, auf die alle Deutschen stolz sein könnten, wenn sie davon wüßten. ...

VII. Ausblick

Zu einer zukünftigen deutschen Friedensordnung, die diesen Namen verdient, muß es gehören, daß auch mit den deutschen Vertriebenen und den in deren Heimat verbliebenen Landsleuten nach den Grundsätzen von Recht und Wahrheit umgegangen wird. Gerade die über Jahrzehnte hinweg in ihrer Existenz bedrohten ostdeutschen Volksgruppen müssen einen zentralen Bestandteil des Fundamentes des vielbeschworenen gemeinsamen europäischen Hauses ausmachen, wenn dieses Europa nicht auf dem Sand von Geschichtslügen und Unrecht gebaut werden soll. ...

Das Bemühen um historische Wahrheit als Grundlage einer realistischen Verständigungspolitik, aber auch die Würde der Opfer und ihr Vermächtnis, Vertreibungen für alle Zeit als Mittel der Politik zu ächten, sollten Deutsche und ihre östlichen Nachbarvölker dazu anhalten, sich sachlich mit dem lange verdrängten Kapitel der Vertreibung der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges auseinanderzusetzen.

Zu Recht fragt Johan Georg Reißmüller in einem Leitartikel der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 23. Januar 1995: "Wie kann man behaupten, das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation sei normal, da die große Mehrheit des Volkes, angeführt von der großen Mehrheit der politisch wirkenden, von allen Opfern der Staats-Unmenschlichkeit auf unserem Kontinent im 20. Jahrhundert eine Kategorie nicht einmal zur Kenntnis nehmen will: Diejenigen Deutschen, die in der östlichen Hälfte Europas in den Jahren 1944, 1945, 1946 völkermordartigen Vernichtungsaktionen anheimfielen?"

Reißmüller weiter: "Wer an sie erinnert, dem schlägt in Deutschland sogleich der Vorwurf entgegen, er wolle 'aufrechnen'. Das ist eine als Anspruch ans Gewissen zurechtgemachte Unwahrheit.

Den Völkermord an den Juden, die von Deutschen verübten Massenmorde an Polen, Tschechen, Russen bemäntelt nicht und die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg verkleinert nicht ... (Es ist ein unsägliches Armutszeugnis), daß ... die ungezählten Deutschen, die am

Ende des Krieges und nach dem Krieg von massenmordender Hand starben, ... im Gedächtnis der Nation (keinen) Platz haben. Doch es sind wenige unter unseren Politikern, die zu solchen Gedanken aufrufen."

Die Vertreibung und die damit zusammenhängenden Probleme können heute nicht mehr so verdrängt werden, wie es noch vor wenigen Jahren zu Zeiten der kommunistischen Diktaturen im ehemaligen Ostblock der Fall war. Auch mit Blick auf das aktuelle Vertreibungsgeschehen auf dem Balkan haben die deutsche und europäische Politik allen Grund, ihre bisherige Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen vertriebener Deutscher zu überdenken.

Dies gilt ganz besonders für die östlichen Nachbarstaaten, wo die Offenlegung der eigenen Schuldverstrickung in die damalige Vertreibung der Deutschen jetzt erst möglich geworden ist. Prag und Warschau sollten die historische Chance nutzen, nach dem Überwinden der kommunistischen Diktatur sich endlich einem freien und versöhnenden Dialog sowie einem in die Zukunft gerichteten Miteinander mit den vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen zu öffnen. ...<<

>>Jedes Opfer von Unmenschlichkeit hat einen Anspruch auf Gleichheit vor dem Gesetz, ohne Rücksicht auf Nationalität, Rasse oder Religion.<< (American Journal of International Law)
--